

**Festvortrag des Niedersächsischen Ministerpräsidenten
anlässlich der Eröffnung des 8. Deutschen
Präventionstages**

von

Christian Wulff

Dokument aus der

Internetdokumentation Deutscher Präventionstag
www.praeventionstag.de

Hrsg. von

Hans-Jürgen Kerner und Erich Marks

im Auftrag der
**Deutschen Stiftung für Verbrechenverhütung und Straffälligenhilfe
(DVS)**

Zur Zitation:

Wulf, C. (2003): Festvortrag des Niedersächsischen Ministerpräsidenten
anlässlich der Eröffnung des 8. Deutschen Präventionstages. In: Kerner, H.-J.;
Marks, E. (Hrsg.): Internetdokumentation Deutscher Präventionstag. Hannover.
http://www.praeventionstag.de/content/8_praev/doku/wulff/index_8_wulff.html

**Festvortrag des
Niedersächsischen Ministerpräsidenten
Christian Wulff
anlässlich
der Eröffnung des 8. Deutschen Präventionstages
am 28. April 2003, 11:00 Uhr, in Hannover**

(Es gilt das gesprochene Wort!)

Sehr geehrter Herr Staatssekretär,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrter Herr Dr. Kerner (*Kongresspräsident*),

ich freue mich ganz besonders, dass der
Deutsche Präventionstag in diesem Jahr
erstmals bei uns in Niedersachsen stattfindet.
Deshalb habe ich auch sehr gerne die
Schirmherrschaft über die diesjährige Tagung
übernommen und freue mich, im Rahmen der
Eröffnung des Kongresses den Festvortrag
halten zu dürfen.

Lassen Sie mich gleich zu Beginn meines
Vortrags eines besonders hervorheben:

Kriminalprävention geht uns alle an!

Kriminalprävention ist und bleibt eine **gesamtgesellschaftliche Aufgabe**, die nur dann erfolgreich leistbar ist, wenn sie in enger Kooperation von allen staatlichen und privaten Institutionen der Bevölkerung und auf kommunaler Ebene wahrgenommen wird.

Politik, Staat und Gesellschaft können und müssen nur die Rahmenbedingungen schaffen; ich denke da an Maßnahmen zur Erhöhung der Inneren Sicherheit, eine gesteuerte Zuwanderungspolitik, die die Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft nicht überfordert und Integrationsbereitschaft auch der Zuwanderer voraussetzt, wirtschaftspolitische Anreize zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit, um nur einige Beispiele zu nennen. Eine wesentliche Bedeutung kommt der Erziehung der Eltern zu und der Rolle der Familien, Schulen und Kirchen, die für die gesellschaftliche Wertevermittlung besondere Verantwortung tragen, aber auch den Medien, den

Herstellern von Videos und Computerspielen mit ihrem enormen Einfluss gerade auf junge Menschen. Jeder von uns hat sich schon einmal die Frage gestellt: Warum geraten nicht alle Kinder und Jugendliche dauerhaft auf die schiefe Bahn? Warum gibt es Jungen und Mädchen, die nachweislich seltener in Konflikte mit dem Gesetz und ihren Mitmenschen geraten als andere?

Um hierauf Antworten zu finden, schließt Prävention die Suche nach den Wurzeln, d. h. den Ursachen von Kriminalität ein. Das Ziel muss sein, dieses Wissen systematisch in alle Fragen von Sicherheits- und Kriminalpolitik einfließen zu lassen. In Niedersachsen koordiniert diese Aufgabe der 1995 eingerichtete Landespräventionsrat beim Justizministerium.

Anrede,

der diesjährige Deutsche Präventionstag wird sich schwerpunktmäßig mit dem Thema **„Migration – Integration – Prävention“**

befassen. Ich erwarte mir von dieser Tagung nicht nur Ergebnisse, die die erneut zu führende Zuwanderungsdebatte bereichern, sondern auch Ansätze für eine bessere Integration der hier lebenden Migrantinnen und Migranten. Lassen Sie mich die Botschaft aus den drei Begriffen Migration, Integration, Prävention mit einer anderen Formulierung pointieren:

**Gute Integrationspolitik bedeutet praktizierte
Sozialpolitik und zugleich präventive
Sicherheitspolitik.**

Nur in dieser Kombination können wir uns den angestrebten Erfolg erhoffen.

Eine erfolgreiche Integrationspolitik muss außerdem die Integrationskraft und Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft berücksichtigen. Es geht um nichts weniger als um den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Bei uns in **Niedersachsen** befasst sich eine Vielzahl von kommunalen Präventionsräten mit Fragen der

Sicherheit vor Ort, mit Risiken der Kriminalität und der Opferwerdung sowie mit lokalen Strategien zur Vermeidung von Kriminalität.

Diese Präventionsräte stellen ein tragfähiges und bewährtes Netzwerk für präventive Programme und Projekte dar. Sie dienen nicht zuletzt auch dazu, die Sicherheit von Migrantinnen und Migranten zu erhöhen, indem lokal wirksame präventive Maßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit und extremistische Gewalt ergriffen werden.

Fakt ist aber auch: Die Zuwanderer sind in der polizeilichen Kriminalitätsstatistik gemessen am Bevölkerungsanteil deutlich überrepräsentiert. Um kriminellen Auffälligkeiten entgegen zu wirken, ist es notwendig, Zuwanderung zu steuern und zu begrenzen und sich zugleich intensiv um Integration zu bemühen.

Solche Bemühungen müssen nicht nur in Richtung der aufnehmenden Gesellschaft erfolgen, sondern richten sich auch und gerade an die Zuwanderer bzw. Migranten. Nicht

hinnehmbar ist es, wenn Zuwanderinnen und Zuwanderer insbesondere aus anderen Kulturkreisen unser Werte- und Normensystem nicht anerkennen oder diesem sogar feindlich gegenüber stehen. Neben der Anerkennung der hiesigen Rechtsordnung sind die Vermittlung der deutschen Sprache, aber auch die Bereitschaft, diese zu erlernen, von elementarer Bedeutung.

Auf der Sprachkompetenz bauen alle anderen Maßnahmen sozialer, persönlicher und wirtschaftlicher Stabilisierung auf. Ohne sie sind alle anderen Maßnahmen extrem erschwert, wenn nicht wirkungslos.

Diese Erkenntnis muss auch Auswirkungen auf das neue Zuwanderungsgesetz haben. Die Niedersächsische Landesregierung bemüht sich - neben der Forderung nach grundlegenden Änderungen und Überarbeitung des von der Bundesregierung unverändert vorgelegten Zuwanderungsgesetzentwurfes - darum, einen

Schwerpunkt auch zu legen auf die Integration nicht nur der neu zu uns kommenden Zuwanderer, sondern auch derjenigen, die bereits seit geraumer Zeit hier leben.

Leider sind eine zunehmende Ghettoisierung und zum Teil Parallelgesellschaften bestimmter ausländischer Staatsangehöriger einschließlich ihrer Familien und der zum Teil hier geborenen Kinder inzwischen auch in Deutschland in vielen Städten festzustellen. Das neue von der rot-grünen Bundesregierung beschlossene Staatsangehörigkeitsrecht hat hieran übrigens nichts geändert.

Die Bedeutung einer weitgehend gelungenen Integration von Zuwanderern lässt sich im Übrigen an einer besonderen Gruppe, den Aussiedlern aus Osteuropa, besonders verdeutlichen, auch wenn sich hier bestimmte Entwicklungen abzeichnen, die Anlass zur Sorge geben. Seit 1950 sind über 4,5 Millionen Aussiedlerinnen und Aussiedler aus den osteuropäischen Ländern in die Bundesrepublik

übergesiedelt; seit 1990 allein waren es rd. 2,1 Millionen, davon kamen rund 200.000 nach Niedersachsen.

Über lange Jahre hat bei dieser Gruppe die Integration bestens funktioniert. Aber in den letzten Jahren gab es wesentliche

Veränderungen: Waren noch 1994 61 % der nach Niedersachsen gekommenen Aussiedler deutscher Volkszugehörigkeit mit einem entsprechenden Zugang zu unserer Sprache und Kultur, so sind es heute nur noch rd. 25 %.

Drei Viertel der Aussiedler sind dagegen nichtdeutsche Familienangehörige, oftmals ohne Bezug zur hiesigen Kultur und ohne deutsche Sprachkenntnisse – und dies führt zu den bekannten Problemen:

Bis vor wenigen Jahren war die Gruppe der Aussiedler in den Statistiken von Polizei und Justiz in keiner Weise besonders auffällig – für die Frauen und erwachsenen Männer dieser Gruppe gilt das immer noch. Aber seit wenigen

Jahren gibt es Erscheinungen, die nicht nur die damit befassten Fachleute aufgeschreckt haben, sondern allgemein in der Bevölkerung große Beunruhigung hervorrufen.

Ich meine die zunehmende Zahl von Straftaten von zum Teil großer Brutalität, die von einigen jungen männlichen Spätaussiedlern nicht nur in Niedersachsen begangen wurden.

Betrachtet man diese Gruppe von Straftätern genauer, so lässt sich durchgängig feststellen, dass sie fast keine sozialen Kontakte zu einheimischen Menschen haben, nicht in Vereine oder Verbände integriert sind; sie sind sprach-, bildungs- und chancenlos und bewegen sich in unseren Städten und Gemeinden wie in einem fremden, feindseligen Land.

Einer solchen Entwicklung gilt es, Einhalt zu gebieten – nicht nur mit den Mitteln von Polizei und Justiz, sondern auch mit Bildung, Ausbildung, beruflicher Förderung und

Jugendarbeit. Das Problem ist allerdings, dass gerade diese Jugendlichen sich zum Teil hier völlig verweigern und „kaum ansprechbar“ sind.

Das Phänomen der jungen männlichen Straftäter finden wir im Übrigen auch bei bestimmten ausländischen Jugendlichen, die aus einem völlig anderen Kulturkreis stammen, hier in der Gruppe, Bande, Gang „stark“ sind und zudem „machohaft“ auftreten. Das Messer gehört bei vielen zur selbstverständlichen „Ausrüstung“.

Anrede,

es geht einmal darum, Ansprüche an uns selber, an unsere Gesellschaft und den Staat zugunsten der Zugewanderten zu formulieren, aber es geht genau so gut auch darum, Ansprüche an die Zugewanderten zu formulieren, weil Integration ein aktiver Prozess seitens der Zugewanderten sein muss.

Integration steht unter der Prämisse „**Fördern und Fordern**“. Dabei ist frühes und präventives

Handeln erforderlich, um Integrationsprozesse erfolgreich zu gestalten.

Anrede,

Niedersachsen möchte Integration nicht dem Zufall überlassen und hat deshalb damit begonnen, ein umfassendes Handlungsprogramm zu erstellen. Eine Reihe von konkreten Maßnahmen soll den Integrationsprozess wirksam begleiten und unterstützen. Es geht um die Schlüsselsituationen im Leben von Migrantinnen und Migranten, in denen die Weichen gestellt werden.

D. h., es geht um das zentrale Thema Spracherwerb, es geht um Aktivitäten im Kontext der Schulen, um spezielle Projekte zwischen Jugendhilfe und Schule wie z. B. das Präventions- und Integrationsprogramm "PRINT", es geht um das wichtige Thema „Ausbildung und Arbeitsplatz“, um die berufliche Integration von Migrantinnen und Migranten und um die Programme zur Förderung der Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt und zur Unterstützung der Selbstorganisationen. Hier wird der Staat tätig, das ist wichtig und notwendig. So wichtig der Spracherwerb ist, es geht – und

darauf habe ich schon hingewiesen - auch um die Respektierung unserer Rechtsordnung und kulturellen Werte. Dazu gehört im Übrigen auch die Anerkennung der Gleichberechtigung der Frau. Dass Spracherwerb allein nicht automatisch Integration bedeutet, zeigt Frankreich, wo sich in den Vorstädten Gettos und „gewalttätige rechtsfreie Zonen“ gebildet haben, obwohl viele der dortigen Zuwanderer schon im Heimatland mit der französischen Sprache aufgewachsen sind. Diese Erfahrung zeigt, dass die Problematik noch tiefer liegt.

Die Umsetzung des Handlungsprogramms zu mehr Integration in Niedersachsen ist nicht nur Sache des Landes, auch wenn fraglos den betroffenen Ministerien, die ihre Arbeit und Zuständigkeit in einer Arbeitsgruppe gebündelt haben, besondere Bedeutung zukommt. **Alle gesellschaftlichen Kräfte sind gefordert.**

In Niedersachsen werden Vertreterinnen und Vertreter der relevanten gesellschaftlichen Verbände und Organisationen mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Ministerien in einem besonderen Forum zusammenarbeiten, das die Umsetzung des Programms kritisch begleitet und seine Fortschreibung sicherstellt.

Ich möchte Sie mit meinen wenigen Hinweisen neugierig machen auf den **Vortrag von Frau Gabriele Erpenbeck, Ausländerbeauftragte des Landes Niedersachsen, im Forum Familie.** Dort werden Sie eine Fülle von interessanten Informationen zum niedersächsischen Handlungsprogramm erhalten.

Anrede,

hieran schließt sich ein anderer Bereich an, in dem täglich Integration „gelebt“ werden muss: unsere **Schulen**. Sie tragen große Verantwortung dafür, dass die Integration junger Menschen in die Gesellschaft gelingt.

In unseren Schulen lernen Kinder und Jugendliche aus unterschiedlichen Herkunftsländern und Kulturkreisen mit - und voneinander. Das ist für die Schulen eine große pädagogische Herausforderung und zugleich eine Chance. Indem sie sich dieser Herausforderung stellen und die Chance wahrnehmen, den Schülerinnen und Schülern interkulturelle Kompetenz zu vermitteln, leisten die Schulen und ihre Lehrerinnen und Lehrer einen wesentlichen Beitrag zur Integration und Prävention, der für die Gesellschaft insgesamt – über den schulischen Bereich hinaus – von Bedeutung ist. Dafür gilt unseren Lehrerinnen

und Lehrern Dank, Anerkennung und Unterstützung. Ich weiß, hier wird Großartiges geleistet. Am „grünen Tisch“ Pläne zu entwickeln, ist das eine.

Die täglichen Herausforderungen und Konflikte im Schulalltag zu bewältigen, ist das andere.

Ich glaube, die wenigsten wissen, welche Anforderungen wir hier tagtäglich an unsere Schulen stellen.

Denken Sie hier nur einmal an die weltpolitischen Konflikte in diesen Tagen oder in den vergangenen Jahren und die Zusammensetzung vieler Schulklassen mit Schülerinnen und Schülern der unterschiedlichen Konfliktparteien.

Für Kinder und Jugendliche aus Zuwandererfamilien ist - ich wiederhole mich, weil dies ganz wichtig ist - die **sichere Beherrschung der deutschen Sprache** der Schlüssel zur Integration. Sie bildet die Voraussetzung und die Grundlage zur Wahrnehmung von

Bildungschancen und zur späteren beruflichen
Integration.

Die Ergebnisse der PISA-Studien belegen dies in eindeutiger Weise. Sie zeigen auch, dass **Niedersachsen** die Anstrengungen in diesem Bereich intensivieren muss, vor allem bei der gezielten Sprachförderung der Kinder schon im Vorschulalter und bei der Qualifizierung der Erzieherinnen und Erzieher sowie der Lehrerinnen und Lehrer.

Deswegen setzt die Landesregierung jetzt klare Schwerpunkte in der Stärkung des Bildungsauftrages des Kindergartens und in der Sprachförderung vor der Einschulung und in der Grundschule.

In vielen ausländisch-stämmigen Familien hier in Deutschland wird so gut wie kein Deutsch gesprochen, es werden nur die heimisch-ausländischen Fernsehprogramme gesehen. Viele Praktiker sagen, die Situation ist heute viel schlechter als bei der ersten Generation, die vor vielen Jahren nach Deutschland kam und integrationsbereiter war. Gerade mit Blick auf die Sprachkenntnisse und den Spracherwerb ist es im übrigen so notwendig, dass das Nachzugsalter von Kindern abgesenkt wird!

Unsere Schulen stoßen – und das gilt allgemein - an ihre Grenzen, wenn allein sie befriedigende Antworten geben sollen auf die Herausforderungen. Hier sind alle gefordert. Schule kann nicht die ungelösten Probleme der Gesellschaft aufarbeiten oder gar lösen. Die Gesellschaft insgesamt muss die Herausforderungen annehmen. Erfolg wird sich nur einstellen, wenn die Schulen gemeinsam mit anderen, insbesondere

mit den Erziehungsberechtigten, die Ziele verfolgen. Wenn diese sich verweigern, müssen wir der Schule Rückendeckung geben. Die Autorität des Lehrers ist zum Teil auch von Politikern untergraben worden.

In diesem Zusammenhang gestatten Sie mir eine niedersächsische Fußnote:

Wir haben bei der anstehenden Novellierung des Schulgesetzes die Zusammenarbeit zwischen Schule und Erziehungsberechtigten ausdrücklich in den Gesetzestext

aufgenommen und die zentralen, damit zusammenhängenden Aufgaben benannt.

Wenn Elternarbeit in der Schule wichtig ist, darüber gibt es hoffentlich keinen Zweifel, dann müssen im Gesetz auch die entsprechenden Ziele benannt, Maßnahmen festgelegt und Ergebnisse erfasst werden. Das ist nun geschehen.

Der Einfluss der Eltern ist ohnehin ganz entscheidend, selbstverständlich nicht nur die Elternarbeit in der Schule.

Und ebenso kommt es auf die Kommunen und freien Träger der Kinder- und Jugendarbeit an, auf die Partner aus dem karitativen und aus dem Sportbereich, auf die Gesellschaft und die Medien.

Sie alle tragen dazu bei, dass unsere Kinder ihren Weg zu gehen lernen und dass Integration gelingt.

Aber noch einmal zurück zur Schule: Unsere Schulen sind ganz besonders auf die Unterstützung und Mitwirkung der Eltern angewiesen, wenn das unentschuldigte Fehlen, das **Schulschwänzen** unterbunden werden soll.

Durch unentschuldigtes Fehlen gefährden junge Menschen nicht nur ihre Bildungskarriere und ein später befriedigendes Berufsleben. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen auch Korrelationen auf zwischen häufigem Schulschwänzen und Abgleiten in Delinquenz. Das Schulschwänzen ist ein Indikator für die wachsenden Probleme in dieser Gesellschaft. Das Schulschwänzen ist mehr als nur ein wachsendes Problem für die Schulen. Es existiert übrigens in allen Ländern – aber es sollte auch nicht verschwiegen werden, dass auch beim Schulschwänzen ein Nord-Süd-Gefälle besteht. Wir müssen und wir werden in Niedersachsen darauf hinwirken, dass wir zu den Südländern aufschließen. Niedersachsen führt zum Thema „Schulschwänzen“ derzeit ein **bundesweit beachtetes Projekt** („Prograss“) durch, das im nächsten Jahr abgeschlossen wird. Im Anschluss sollen die gewonnenen Erfahrungen

in eine landesweite Umsetzung einmünden.
Zentraler Ansatz des Projekts ist das direkte
Zusammenwirken von Erziehungsberechtigten,
Schule, kommunalen Trägern der Jugendhilfe
und Polizei. **Sie können dazu morgen im
Offenen Forum Genaueres erfahren.**

Das Thema Gewalt an den Schulen, das
Absinken der Hemmschwelle ist ein Phänomen,
das Jugendliche selbst betrifft, sich aber
zunehmend auch gegen Lehrkräfte richtet. Das
beginnt mit Pöbeleien, Rempelleien,
Aggressivität - zum Teil auch von
Erziehungsberechtigten - bis hin zu massiven
Gewalttätigkeiten. Ein Teil der Jugendlichen ist
mit Messern oder Ähnlichem ausgerüstet. Vor
zwei Tagen hat sich das Massaker von Erfurt
gejährt, wo – neben einem Polizisten und zwei
Schülern – zwölf Lehrkräfte und die
Schulsekretärin zielgerichtet getötet wurden.
Leistungsbewertungen und Konsequenzen
beim Verstoß gegen aufgestellte Regeln, ohne

deren Einhaltung Schule und das Zusammenleben in unserer Gesellschaft gar nicht möglich sind, sind das tägliche Brot an der Schule, sind sozusagen systemimmanent und in jedem Land der Welt notwendiger Teil des Bildungs- und Ausbildungswesens, und es sollte selbstverständlich sein, dass Schülerinnen und Schüler sich in der Schule auch anstrengen müssen. Wollte man dies in Frage stellen, würden junge Menschen nicht auf das Leben nach der Schule vorbereitet sein.

Wenn die Lehrkräfte dabei aber sogar um ihr Leben fürchten müssen, ist Schule nicht mehr möglich. Wir dürfen die Schulen hier nicht alleine lassen! Das geht uns alle an.

Anrede,

gerade auch in Niedersachsen gibt es eine intensive Entwicklung gesamtgesellschaftlicher Ansätze der Kriminalprävention, aber dennoch gibt es immer noch Bereiche, in denen

Möglichkeiten ungenutzt bleiben, mit denen zur Verhinderung von Kriminalität beigetragen werden könnte: Ich meine die **Sicherheit in den Städten** und dabei den Bereich des Städtebaus und der Wohnungswirtschaft.

Aus der „Broken Windows“ - Theorie wissen wir, wie wichtig es ist,

Verwahrlosungstendenzen frühzeitig entgegenzutreten und die Belebung von Straßen, Plätzen und Parks durch ansprechende Gestaltung zu fördern. Orte, an denen sich Passanten und Bewohnerinnen und Bewohner gern aufhalten und sich wohl fühlen, erschweren delinquentes Verhalten und stärken das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger.

Gerade auch im Bereich der Stadtplanung sind kriminalpräventive Ansätze in Zukunft zu fördern.

Aber auch eine sichtbare Präsenz der Polizei auf den Straßen ist nicht zu unterschätzen.

Ohne Zweifel trägt eine höhere Präsenz zu einer höheren Sicherheit bei. Wir sollten diese Erkenntnis nutzen, um so manche sich aus der günstigen Gelegenheit ergebende Straftat zu verhindern. Die neue Niedersächsische Landesregierung wird zur Verbesserung der Polizeipräsenz in dieser Legislaturperiode zusätzlich 1.000 Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter einstellen. Das gute Gefühl, das Bürgerinnen und Bürger im öffentlichen Raum haben, wenn Polizei sichtbar ist, hat wesentlichen Einfluss nicht nur auf die Wertschätzung des öffentlichen Raumes, sondern auch auf die Einstellung der Bürgerinnen und Bürger zu staatlichen Autoritäten und zum gesellschaftlichen System insgesamt. Dagegen ist ein Gefühl der Unsicherheit und Bedrohung durch Kriminalität geeignet, nicht nur die Lebensqualität jedes Einzelnen, sondern auch das politische Klima in einer Gesellschaft erheblich zu belasten.

Andererseits wäre es verfehlt, polizeiliche Präventionsarbeit ausschließlich dem Gebiet der Unterbindung situativ entstehender Kriminalität zuzuordnen. Moderne Polizeiarbeit berücksichtigt, dass die Ursachen von Kriminalität nicht nur in den vorhandenen Tatgelegenheitsstrukturen liegen, sondern auch in der Persönlichkeit des Täters und in den sozialen Lebensbedingungen von Tätern und Opfern.

Aufgrund ihres umfassenden Auftrages zur Kriminalitätsverhütung ist die Polizei gehalten, nach Kräften andere Einrichtungen insbesondere auch auf kommunaler Ebene in die Lage zu versetzen, kriminalpräventiv wirksam tätig zu sein. Hierzu gibt sie Informationen über Erscheinungsformen der Kriminalität und erkannte Ursachen, berät Bürger und Einrichtungen und unterstützt diese, wo erforderlich. Beispielhaft sind hier aus meiner Sicht insbesondere Konzepte, die in gemeinsamer Verantwortung von Schulen,

Jugendhilfe und Polizei Unterrichtseinheiten in den Schulen gestalten.

Sie sehen, Prävention findet in erster Linie vor Ort statt und im engen Zusammenwirken vieler.

Die Niedersächsische Landesregierung tritt deshalb für die Förderung und Unterstützung von kommunalen Präventionsräten und Sicherheitspartnerschaften ein. Prävention ist besonders dann wirksam, wenn alle an der Sicherheitsarbeit beteiligten staatlichen und kommunalen Stellen zusammenwirken.

Prävention ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Anrede,

gern hätte ich mir noch die kongressbegleitende Ausstellung angesehen, aber mein Terminplan lässt dies leider nicht mehr zu.

Ich freue mich aber, dass Frau Ministerin Heister-Neumann die Ausstellung gemeinsam mit Herrn Parlamentarischen Staatssekretär Hartenbach mit einem Rundgang eröffnen wird.

Gestatten Sie mir zum Abschluss noch einen ganz kurzen Blick auf die kommenden Deutschen Präventionstage. Große Sympathie habe ich für Ihren Vorschlag, Herr Marks, den Deutschen Präventionstag jeweils abwechselnd in Niedersachsen und anderen interessierten Bundesländern zu veranstalten. – Denn die Botschaft daraus lautet: Kriminalprävention ist in Niedersachsen gut aufgehoben - in jeder Hinsicht! In diesem Sinne wünsche ich dem 8. Deutschen Präventionstag einen fruchtbaren Verlauf und ergebnisreiche Beratungen.